

### Nummernschild für Fußgänger

"Wer schützt Kinder und Fußgänger?", fragt der ADR in seiner jüngsten Pressemitteilung. Grund für die besorgte Intervention sei der "Fahrradwahn des Schöffensrates" in Esch. Dieser hat am vergangenen Mittwoch die Schirmherrschaft von 120 Fahrrädern übernommen, die gegen eine Gebühr von zwei Euro entliehen werden können. Hauptnutzer der Drahtesel seien "Kinder, welche sich einen Spaß daraus machen, Rennfahrten zu veranstalten". Wegen der daraus entstehenden Gefahren müssten unbedingt "Präventivmaßnahmen eingeleitet werden". Wie diese aussehen könnten, ließ der ADR-Abgeordnete Aly Jaerling in einer parlamentarischen Anfrage schon mal durchblicken. Er interessiert sich für die Anzahl der Fußgänger und Fahrradfahrer, die im vergangenen Jahr wegen Verkehrsdelikten auffällig geworden seien und fragt, ob die Verursacher nur mangels Nummernschild nicht identifiziert werden konnten. In Esch jedenfalls gibt sich der ADR auch verständnisvoll. Es sei normal, "dass Kinder im Lummelalter über ihre effektiven Fähigkeiten hinaus experimentieren. Jeder, der einmal jung war weiß das". Weniger bekannt ist offensichtlich, dass sich so mancher weit über seine effektiven Fähigkeiten hinaus im politischen Raum bewegt. Da stellt sich die Frage: Wer schützt Kinder und Fußgänger - und nicht nur die - vor dem ADR?

### Tanktourismus ohne Ende

Ab wann ist eine Menge als gering einzustufen? Eine knifflige Frage, die auch Luxemburger Beamte nicht eindeutig beantworten können. Zwar ist das Mitführen von Treibstoff-Kanistern im Auto mit mehr als 20 Litern Inhalt per Gesetz verboten, wie ein Beamter der Zoll- und Akzisenverwaltung gegenüber dem Luxemburger Wort Online betonte. Immer wieder würden jedoch Autofahrer erappt, die 100 oder 200 Liter Benzin in irgendwelchen Gefäßen im Kofferraum transportierten. Abgesehen von der Gesetzgebung sei es jedoch gefährlich, "auch nur geringe Mengen an Treibstoff mitzuführen", fügt derselbe Beamte hinzu. Demnach sollte wohl das Gesetz geändert werden ... Unverändert bleibt jedenfalls dieser Tage die Lage an Luxemburgs Zapfsäulen. Trotz steigendem Ölpreis sei kein Rückgang der Nachfrage zu verzeichnen, beschrieb der Vorsitzende des "Groupement pétrolier luxembourgeois" den aktuellen Stand der Dinge. So lange die Akzisen nicht durch die Regierung erhöht werden, bleibe der Preisabstand zu den Nachbarländern und damit auch das Absatzniveau konstant.

### Endlich wieder richtig Sommer

Bis 2080 sollen Sommer immer häufiger richtig heiß werden, dafür aber kalte Winter fast ganz verschwinden. Das jedenfalls prognostiziert die Europäische Umweltagentur EEA in ihrem jüngsten Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels. Problematisch ist, dass mit den "richtigen Sommern" auch wetter- und klimabedingte Naturkatastrophen einhergehen: Hochwasser, Stürme, Dürren und Hitzewellen. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des höchstwahrscheinlich durch den Ausstoß von Treibhausgasen hervorgerufenen Klimawandels seien jetzt schon spürbar, so die EEA. Über 15 Millionen Dollar Schaden habe die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 angerichtet, 20.000 Todesopfer habe die Hitzewelle 2003 gefordert. Die Umweltagentur fordert, die EU solle das Kyoto-Protokoll weiter unterstützen - ein erster Schritt, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Der Bericht der EEA liefert aber auch Kyoto-KritikerInnen Argumente: Von einem begrenzten Temperaturanstieg könne die Landwirtschaft in Europa teilweise profitieren. Sowieso müsse man Strategien finden, um sich dem Klimawandel anzupassen. Der Bericht liegt in englischer Sprache auf der EEA-Site vor: <http://org.eea.eu.int>



Heimatfront ade: Der Profi-Soldat der Zukunft soll nicht nur vor der amerikanischen Botschaft, sondern jederzeit und überall einsetzbar sein. (Foto: Christian Mosar)

### AUSLANDSEINSÄTZE

# Access All Areas

**In Afghanistan wird das Eurocorps erstmals außerhalb Europas eingesetzt. Auch luxemburgische Soldaten sind mit von der Partie.**

**Damit das Großherzogtum künftig überall mitmischen kann, will die neue Regierung verstärkt für den Rekruten-Nachschub sorgen.**

Vor knapp zwei Wochen hat das Eurocorps unter Leitung seines kommandierenden Generals Jean-Louis Py die Führung der internationalen Schutztruppe ISAF in Afghanistan übernommen. Am heutigen Freitag endet nun der Truppentransfer. Damit ist das 360 Soldaten umfassende Eurocorps-Kontingent, an dem neben Belgien, Frankreich, Deutschland und Spanien auch zwei Mitglieder der luxemburgischen Armee beteiligt sind, komplett. Ergänzt wird es durch 1.000 Soldaten der vor 14 Jahren gegründeten deutsch-französischen Brigade sowie weitere rund 5.600 Streitkräfte aus insgesamt 33 Ländern. Die Kommandantur des Eurocorps, das die ISAF-Führung von Kanada übernommen hat, ist auf sechs Monate begrenzt. 1995 in Dienst gestellt, engagiert sich der Militärverband in Afghanistan erstmals außerhalb Europas.

Während die neun Luxemburger Militärs wie auch die vorangegangenen Kontingente aus dem Großherzogtum bislang unter ISAF-Mandat zur Sicherung des Kabuler Flughafens eingesetzt wurden, soll die nun verstärkte ISAF-Truppe auch den reibungslosen Ablauf der auf 9. Oktober angesetzten Präsidentschaftswahlen garantieren.

Kein leichtes Unterfangen. Bereits vor einigen Wochen haben die Taliban angekündigt, dass sie versuchen werden, die Wahlen nach Kräften zu stören. Und wie zum Beweis haben ihre Milizen die Angriffe auf zivile Ziele erhöht. Die unsichere Situation in Afghanistan hatte in der Vergangenheit eine mehrmalige Verschiebung der Wahltermine notwendig gemacht, nachdem die Registrierung der Wahlberechtigten nur schleppend vorangegangen war.

Ursprünglich waren beide Urnengänge gemäß der Bonner Afghanistan-Konferenz für vergangenen Juni angesetzt. Die aufwendigeren Parlamentswahlen sollen nun frühestens im kommenden Frühjahr stattfinden.

Jean-Louis Py sieht seiner Aufgabe jedoch gelassen entgegen, wie er gegenüber Agence France Presse sagte. Zwar erwarte er ei-

ne weitere Zunahme der Spannungen. Er sei aber zuversichtlich, dass seine Truppen auf jede Entwicklung vorbereitet sind. Der Optimismus des Kommandeurs wird jedoch längst nicht von allen geteilt. Sowohl in der afghanischen Bevölkerung, als auch unter Sicherheits- und Militärexperten kursiert laut BBC News die Einschätzung, das Eurocorps sei noch weit weniger als die Kanadier fähig, die Lage in der konfliktgeladenen Region unter Kontrolle zu bekommen.

Immerhin: Bis zum Ablauf der Anmeldefrist am vergangenen Sonntag wurden nach Angaben der UN 9,9 Millionen WählerInnen registriert. Dies übertraf auch die Erwartungen der Vereinten Nationen und zeigt nach Einschätzung von UN-Sprecher Manuel de Almeida e Silva "den enormen Willen der Afghanen, sich zu beteiligen".

### Mehr internationale Missionen

Der enorme Willen, sich zu beteiligen, scheint auch die alte mit der neuen luxemburgischen Regierung zu verbinden. Bereits am "Maertesdag" im vergangenen November hatte Gaston Reinig, der Kommandeur des militärischen Zentrums auf dem Herrenberg, freudig Bilanz gezogen: "Wir konnten unsere internationale Mission mit der Beteiligung an der ISAF-Truppe in Afghanistan ausdehnen."

Doch das Bedürfnis, in internationalen Krisenregionen mitzumischen, bringt auch die Frage der personellen Ausstattung mit sich. Entsprechend lobte Reinig die "positiven Rekrutierungsergebnisse". Diese habe man nicht zuletzt durch die Öffnung der Armee für jene EU-Bürger, die seit mehr als drei Jahren in Luxemburg wohnen, erreicht. Ein entsprechendes Gesetz war im März 2003 verabschiedet worden.

Doch dabei will man es nicht bewenden lassen. Denn Reinig hatte zudem eine Professionalisierung der Armee gefordert: "Um unsere Missionen erfüllen zu können, brauchen wir mehr professionelle Soldaten und Freiwillige, die uns länger als 24 Monate zur Verfügung stehen.

Und zwar verbindlich!" Auch der ehemalige Verteidigungsminister Charles Goerens hatte dem Militär damals seine Unterstützung zugesichert.

Das neue Kabinett hat sich diese Forderung nun offensichtlich zu Eigen gemacht. Im aktuellen Regierungsprogramm wird eine Aktualisierung der Gesetzgebung und ein "statut spécial" angekündigt, das eine "disponibilité contractuelle et garantie" für Auslandseinsätze ermöglichen soll. All dies sei verbunden mit der Perspektive einer fortschreitenden Professionalisierung.

Konkret bedeutet das eine Entwicklung hin zur Berufarmee und eine vertragliche Bindung der Freiwilligen für jedwede Art von "Friedensmissionen". Momentan verfüge man zwar über "genügend Kandidaten" für die Kontingente in Afghanistan und im Kosovo, wie der stellvertretende Generalstabschef Fernand Guth versichert. Doch müssen die Volontäre bislang vor jeder Mission erneut gefragt werden, ob sie sich freiwillig zu einem Auslandseinsatz melden. Ein mühseliges Geschäft, das den jungen Soldaten immer noch die Freiheit der individuellen Entscheidung lässt, ob sie ein Engagement für politisch und ethisch vertretbar halten.

Das wird sich nach dem Willen der Militärs teilweise ändern. Zwar soll die alte Volontärs-Regelung nicht ersetzt werden. Wer sich nach dem herkömmlichen Statut als Freiwilliger verpflichtet, kann weiterhin 24 Monate ableisten, ohne an einer Auslandsmission teilnehmen zu müssen. Man könne sich jedoch "vorstellen, mehr Leuten einen anderen Vertrag zu geben", sagt Oberstleutnant Guth. Diese würden sich dann von Anfang an, "in einem Zeitraum von beispielsweise fünf Jahren verpflichten, an solchen Einsätzen teilzunehmen". Ab dem Rang eines Korporals sei das ja ohnehin so, nun halte man dies auch für niedrigere Ränge für möglich.

Damit wäre also auch für Volontäre Schluss mit der lästigen Gewissensprüfung; vielmehr gilt dann die Devise: Mitgefangen - mitgehungen. Dennoch könnte eine solche Zusatzregelung gerade angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche attraktiv werden. Schließlich böte sie auch jenen eine Perspektive, denen die Offizierslaufbahn mangels Qualifikationen verschlossen bleibt.

Für die Luxemburger Armee ist mit der möglichen Änderung vor allem eine höhere Planungssicherheit sowie eine gesteigerte Effizienz verbunden, wenn gleich der Militärhaushalt laut Regierungserklärung auf 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen soll. Professionalisierung, bestätigt Fernand Kirch, Direktionsrat im Verteidigungsministerium, bedeute nicht zuletzt, dass man Soldaten mit einer bestimmten Ausbildung "längere Zeit für Einsätze verwenden kann".

Wann und wie genau die Formel aus dem Regierungsprogramm umgesetzt werden soll, ist noch unklar. Direktionsrat Kirch war diesbezüglich zu keiner Auskunft bereit, und Verteidigungsminister Luc Frieden kehrt erst Ende des Monats an seinen Amtssitz zurück.

**Thorsten Fuchshuber**